

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 797—804 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 16. Dezember 1919

Der Aufforderung zur Zahlung des Teuerungsbeitrages

sind die Mitglieder, soweit sie bisher überhaupt ihrer Zahlungspflicht genügt haben, in einer Weise nachgekommen, die den Erwartungen entspricht. Sowohl persönliche wie Firmenmitglieder haben, von einer Minderheit abgesehen, damit ein hoherfreuliches Zeichen ihrer wirtschaftlichen Einsicht und ihres Gemeinschaftsgefühls gegeben. Wenn, wie bestimmt erwartet werden darf, die Eingänge auch weiterhin in der gleichen Weise erfolgen, so werden der Verein und seine Zeitschrift in die Lage versetzt, auch im kommenden Jahre ihre wichtigen Aufgaben zu erfüllen.

Allerdings befinden sich unter denjenigen, die ihren Beitrag entrichtet haben, auch noch einige, die den Hinweis auf die Notwendigkeit des Teuerungsbeitrages nicht beachtet haben, obwohl sie zweifellos imstande wären, ihn zu bezahlen. Manche andere haben den Beitrag offenbar nicht völlig ihren günstigen Einkommensverhältnissen angepaßt. Alle diese seien nochmals darauf hingewiesen, daß noch jederzeit, auch noch im Laufe des nächsten Jahres, solche freiwilligen Zahlungen geleistet werden können, und daß von allen Mitgliedern, die über größere Einkommen verfügen, nicht nur eine Verdoppelung, sondern eine Vervielfachung des Grundbeitrages erwartet werden muß.

Soweit es sich um Firmenmitglieder sowie um Mitglieder handelt, die Firmeninhaber sind, so dürfte ihnen ein Maßstab willkommen sein, nach dem sie ihre Teuerungsbeiträge bemessen können. Als solcher Maßstab hat sich auf Grund der bisher erfolgten Leistungen zahlreicher Firmen folgender ergeben: Als Teuerungsbeitrag berechnen sich die Firmen zunächst einen Grundbetrag von M 50.—, der dem Unterschied zwischen dem Mitgliederbezugspreis der Zeitschrift und dem Bezugspreis für Nichtmitglieder entspricht, da die Firmen sich mit Recht sagen, daß sie in diesen abnormalen Zeiten die Vereinszeitschrift nicht zu dem Vorzugspreis für Mitglieder, der tatsächlich ein Verlustpreis ist, in Anspruch nehmen können. Das Interesse, das die Firmen an der ungeschwächten Fortführung unserer Zeitschriftenunternehmens haben, geht aber noch weiter. Jeder ihrer Chemiker schöpft daraus jahraus jahrein Anregung und Belehrung, die der Firma zugute kommen. Das Interesse, das die Firmen an der Fortführung unserer Zeitschrift haben, steht also im gleichen Verhältnis wie die Zahl ihrer Chemiker. Dementsprechend sollte zu dem Grundteuerungsbeitrag von M 50.— noch ein Betrag von M 10.— für jeden ihrer Chemiker hinzugerechnet werden.

Eine Fabrik, die 15 Chemiker beschäftigt, zahlt daher im Durchschnitt M 50.— + 150 = M 200.— als Teuerungsbeitrag. Wir würden uns freuen, wenn alle Firmen und Firmenmitglieder dem bereits von zahlreichen Firmen gegebenen Beispiele folgen und diese Berechnungsart ihren Leistungen zugrunde legen wollen.

Die Geschäftsstelle des Vereins deutscher Chemiker, e. V.

Bund angestellter Chemiker und Ingenieure und Vereinigung leitender Angestellten.

(Die folgenden Ausführungen als Erwiderung auf den Aufsatz des Herrn Dr. Schellwien in Nr. 77 dieser Zeitschrift mußten auf Ersuchen der Schriftleitung der Papierknappheit und hohen Satzunkosten wegen aus einem ausführlichen Aufsatz auf das vorliegende knappe Maß zurückgeführt werden. Auf diese Umarbeitung ist auch das späte Erscheinen der Antwort zurückzuführen.)

Herr Dr. Schellwien sagt im Anfang seiner Ausführungen über meinen Aufsatz in Nr. 64 dieser Zeitschrift: „Die Behauptung, daß die Vereinigung nur leitende Angestellte im engeren Sinne, also nicht jeden Akademiker schlechtweg aufnehme, kann weder in den von den Organen der Vereinigung festgelegten Grundsätzen, noch in der tatsächlich geübten Praxis eine Stütze finden.“ Herr Dr. Schellwien beweist damit nur, daß er mit den Strömungen innerhalb der Vereinigung nicht vertraut ist. Für meine Behauptung, daß die Vereinigung tatsächlich zwischen Chemikern allgemein und leitenden Chemikern einen Unterschied gemacht hat, will ich hier nur den einen Beweis anführen, daß die Hauptgeschäftsstelle der Vereinigung in Berlin an unseren Bundesvorstand unter dem 7./8. 1919 schrieb:

„Wir (die Vereinigung) stehen auf dem Standpunkte, daß die leitenden Chemiker und die leitenden Ingenieure in unsere Organisation hineingehören, da unsere Arbeit dadurch gekennzeichnet wird, daß wir die Interessen der leitenden Angestellten vertreten.“

Diese Äußerung der Hauptgeschäftsstelle der Vereinigung dürfte genügen, doch stehen weitere Beweise gern zur Verfügung.

In der Frage der Tarifverträge kann man tatsächlich verschiedener Ansicht darüber sein, ob Tarifverträge für Chemiker an sich wünschenswert sind oder nicht; das ändert aber gar nichts an der bitteren Notwendigkeit, daß man in der heutigen Zeit auf jeden Fall zu den Tarifverträgen Stellung nehmen, ja sich an ihnen beteiligen muß, wenn man verhindern will, daß Chemiker-Tarifverträge lediglich von solchen Organisationen abgeschlossen werden, die wir als dazu befugt nicht anerkennen können. Da Herr Dr. Schell-

wien selbst nicht Chemiker ist, mag es ihm wohl entgangen sein, daß bereits an einzelnen Orten vom Bund technischer Angestellter und Beamter (Butab) Chemiker-Tarife abgeschlossen worden sind, ohne daß die davon betroffenen Chemiker dies wollten oder auch nur davon wußten. Der von Herrn Dr. Mittelstenscheid in Nr. 81 dieser Zeitschrift geschilderte Verlauf der Berliner Tarifverhandlungen ist ein Musterbeispiel dafür, daß nur durch zielbewußte Mitarbeit unseres „Bundes“ annehmbare Akademikertarife erzielt werden konnten. Es wird aber die Mitteilung hier von Interesse sein, daß die Vereinigung einen Reichstarifentwurf für die chemische Industrie ausgearbeitet hat und in diesem Entwurf für Chemiker und Ingenieure eine tarifliche Staffelung gleichmäßig über das ganze Reich für die 5 ersten Berufsjahre fordert, während der Bund bei den so verschiedenen Teuerungsverhältnissen in den verschiedenen Bezirken nur Richtlinien für das Anfangsgehalt im Reichstarif für angebracht hält.

Die Behauptung des Herrn Dr. Schellwien, daß der Bund „einem aus Arbeitern und Angestellten schlechthin zusammengesetzten Betriebsrat das Recht einräumen (will), bei der Einstellung auch von Chemikern und anderen oberen Angestellten mitreden zu dürfen“ ist unrichtig. Eine derartige Forderung ist vom Bund nie erhoben, auch nie unterstützt worden. Im Gegenteil hat der Bund bei seiner Stellungnahme zum Mitbestimmungsrecht verschiedentlich, auch in den Bundesblättern, schwerwiegende Bedenken gegen die Fassung des Gesetzentwurfs Ausdruck gegeben.

Schließlich macht Herr Dr. Schellwien dem Bund noch zum Vorwurf, daß er eine Sondervertretung der leitenden und oberen Angestellten im Angestelltentrauß oder im Betriebsrat ablehnt. Ich bedaure, mich aus den oben angegebenen Gründen gerade in dieser Frage auf einige kurze Ausführungen beschränken zu müssen. Hier scheiden sich allerdings die Geister; für uns ist es eine ganz grundsätzliche Frage: Wie soll sich der Industriekademiker beim sozialen Ausbau der Industrieverfassung betätigen? Die Vereinigung will ihn aus der gesamten Angestelltenenschaft herauslösen und fordert zu diesem Zwecke eine Sondervertretung. Wir dagegen bezweifeln, daß die Akademiker mit den anderen oberen Angestellten durch

diese Sondervertretung irgendwelchen Einfluß auf die Arbeiten der übrigen Angestelltenausschüsse oder der Betriebsräte erhalten würden, da die übrige Angestelltenvertretung dem aus Sonderwahlen hervorgegangenen Ausschuß der oberen Angestellten mit starkem Mißtrauen gegenüberstehen würde. Die oberen Angestellten hätten zwar nach dem Wunsche der Vereinigung eine Vertretung, hätten auch innerhalb dieser Vertretung sehr viel leichtere Arbeit als im allgemeinen Angestelltenausschuß, aber daß sie mit dieser Tätigkeit irgendwelchen Einfluß auf die Entschlüsseungen der übrigen Angestelltenvertretung ausüben würden, erscheint nach den bösen Erfahrungen, die in Angestelltenausschüssen mit dem Zweikammer-System gemacht worden sind, mehr als zweifelhaft. Dem Bund ist es gerade um den Einfluß auf die Arbeit der Ausschüsse zu tun; ihm liegt nicht so sehr die formelle Sicherung einer Sondervertretung am Herzen, als vielmehr die zwar recht mühselige aber auch erfolgreiche Mitarbeit in den allgemeinen Ausschüssen. Von der Arbeit dieser Ausschüsse wird in hervorragendem Maße das Wiederaufblühen unserer Industrie abhängig sein. Deshalb müssen wir Akademiker an dieser Ausschußarbeit unmittelbar und maßgebend beteiligt sein. Auf diesem, aber auch nur auf diesem Wege, wie ihn der Bund vorschlägt, kann wie bisher segensreiche Arbeit geleistet werden. Der Leitsatz des Herrn Dr. Schellwien muß also richtiger lauten:

Wenn es nur um die Form zu tun ist, um die Schaffung einer Sondervertretung, in welcher die leitenden und oberen Angestellten fein säuberlich von den übrigen Gruppen geschieden sind, der geht zur Vereinigung.

Wem es aber um den Inhalt zu tun ist, um die Aufgabe, an der Gesundung unseres Wirtschaftslebens tätig mitzuarbeiten, der gehört zu uns, zum Bund.

Dr. Höfchen, Leverkusen.

Gegen die Errichtung einer Chemikalienbörse in Berlin

hat, wie wir kürzlich (S. 796) berichteten, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands entschieden Stellung genommen. Zu dieser Frage äußert sich nun Dr. Horney im letzten Heft der „Chem. Ind.“ (vom 25.11.). Er führt treffend aus, daß im Gegensatz zu dem Bestreben der Fabriken, die Verkaufspreise für ihre Erzeugnisse mit den — freilich durch Steigerung der Löhne und Materialpreise sehr gewachsenen — Gestehungskosten in Einklang zu halten, der börsenmäßige Chemikalienhandel darauf ausgehe, die aus der außerordentlichen Warenknappheit sich ergebenden höchst erreichbaren Konjunkturpreise herauszuschlagen. Das beweisen die Erfahrungen, die mit der Hamburger Börse gemacht worden sind, wo während des Krieges Chemikalien börsenmäßig gehandelt worden sind. „Die Börse“, so sagt Horney, „hat in diesem Falle der ungesunden Preisbildung nicht nur Vorschub geleistet, sondern ihr sogar erst den festen Boden gegeben.“ Manche Warenpartien bildeten ausschließlich Spekulationsobjekt und gelangten erst, nachdem sie von Hand zu Hand gegangen waren und in jeder Hand riesigen Gewinn gelassen hatten, künstlich ins Ungeheure verteuert, in die Hände der Verbraucher — soweit nicht in wenigen Fällen die Kettenhändler und Schieber von der Nemesis, sei es in Wucherprozessen oder infolge von Preisstürzen durch Eindringen billigerer Auslandsware, ereilt wurden.

Die Verhältnisse sind heute doch um vieles schlechter als im Kriege, für die volkswirtschaftsfeindliche Wirkung einer solchen Chemikalienbörse also um ebensoviel günstiger. „Die Warenknappheit“, so heißt es in dem Aufsatz, „ist größer denn je zuvor; die durch den Valutastand im Auslande erzielbaren Preise für deutsche Waren machen weithin ihren Einfluß auf die Entwicklung der Inlandspreise geltend.“ Dazu kommt aber noch ein ganz neues Moment. Die große Geldflüssigkeit bewirkt, daß in großem Umfange nach Anlage für Geld gesucht wird. Die Wertpapiere erfreuen sich nicht der Beliebtheit wie in früheren Jahren; deshalb stürzt sich das Geld u. a. auch auf Waren. Es werden heute große Warenmengen aufgekauft, lediglich um zunächst Geldwerte darin anzulegen. Da die Preiskurve noch lange nicht ihre höchste Stelle erreicht hat, so ist die Anlage in Waren eine verhältnismäßig sichere und günstige Spekulation. Die so angekauften und gebundenen Waren werden aber gerade in einem Augenblick dem Warenkreislauf entzogen, wo er sowieso schon an erheblicher Blutleere krankt. Es kann daher diese Erscheinung für unsere Volkswirtschaft geradezu verhängnisvoll werden. Diese Spekulationskäufe in Waren sind aber ohne Börse nicht in diesem Umfange möglich, weil nicht der eigentliche Chemikalienhandel diese Spekulationskäufe vornimmt, sondern außerhalb des Chemikalienhandels stehende Firmen. Diese brauchen unbedingt den Rückhalt an festen Börsenpreisen, um eine Unterlage für ihre Käufe zu haben.“

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Plan der Errichtung einer Chemikalienbörse in Berlin zu beurteilen. „Die Börse dient, wie wir immer wieder betonen müssen, nicht für die Preisbildung im allgemeinen Chemikalienmarkt, sie dient nicht der besseren Versorgung

der Verbraucher und einer Erleichterung des Geschäfts für die Fabrikanten; sie dient heute im wesentlichen nur den Parasiten unseres Wirtschaftslebens, dem immer mehr um sich greifenden Schiebertum.“

„Lägen die Verhältnisse heute so, wie es z. B. bei Einfuhrwaren der Fall ist, wo in dem Börsenhandel die zahlreichen aus allen Teilen der Welt vorliegenden Angebote eine Auswertung erfahren und einheitliche Preise geschaffen werden, so müßte man die Notwendigkeit der Börse bejahen. Im Inlandchemikalienhandel werden jedoch nur wenige Verbraucher von dem börsenmäßig betriebenen Chemikalienhandel versorgt, der Börsenhandel lebt heute in der Hauptsache von jenen Warenmengen, die aus den gewohnten Kanälen vom Erzeuger über eine Fachgroßhandlung zum Verbraucher irgendwie abgeleitet sind und dann nach entsprechender Preiserhöhung, soweit sie nicht von der Spekulation festgehalten werden, dem Verbrauch aufgezwungen werden.“

Der Aufsatz schließt mit einer Mahnung an die Industrie, mit der bisherigen Praxis der Geheimhaltung der Verkaufspreise zu brechen. Die Industrie „sollte sich darüber klar sein, daß eine weitgehende gegenseitige Unterrichtung über die wichtigsten Preise sowie eine weitgehende Öffentlichkeit jener verhängnisvollen Wirkung der Börse entgegenarbeiten kann. Gegenüber den Hamburger und sonstigen Börsennotizen müssen in breiterster Öffentlichkeit für alle Interessenten die Preise der Fabriken erscheinen, um so den schlimmsten Auswüchsen der Spekulation und des wucherischen Kettenhandels vorzubeugen.“

Wir können diese Worte nur unterstreichen. Die „Angewandte“ ist gern bereit, ihre wöchentlich zweimal erscheinenden „Chemisch-wirtschaftlichen Nachrichten“ für die Veröffentlichung der Fabrikantenpreise zur Verfügung zu stellen und damit in dem Kampfe gegen das Schiebertum an ihrem Teile mitzuhelpen.

Sf.*

Gesetzgebung.

(**Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.**)

Cuba. Die Regierung hat die Einfuhr von Farbwaren, Drogen und Chemikalien aus Deutschland freigegeben. („Nachrichten.“) on.

Paraguay. Der Aufzehrzoll auf Quebracho-Extrakt ist vom 20./9. 1919 ab abermals erhöht worden, und zwar von 5 Doll. Gold auf 8 Doll. Gold je metrische t. (W. d. A.) ll.

Japan. Die Aufzehr von Baumwolle ist verboten. Die jetzigen Preise sind 360% höher als vor dem Kriege. Infolge dieser Maßregel können daher laufende Kontrakte nicht ausgeführt werden. (W. d. A.) dn.

Niederlande. Das Aufzehr verbot für Äther ist durch Verordnung vom 11./11. nunmehr endgültig aufgehoben worden. („Nachrichten.“) dn.

Wirtschaftsstatistik.

Zinkgewinnung der Vereinigten Staaten. Nach einer vom U. S. Geological Survey veröffentlichten Zusammenstellung betrug in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres die Zinkgewinnung aus amerikanischen Erzen 247 584 sh. tons, diejenige aus ausländischen Erzen 7918 tons, die gesamte Zinkgewinnung mithin 255 502 tons gegen 260 664 tons im zweiten und 257 263 tons im ersten Halbjahr 1918. Der Zinkvorrat in den Hütten belief sich am 1./1. auf 41 241 tons, am 30./6. auf 59 651 tons. Am 30./6. 1918 hatten die Vorräte 44 502 tons betragen. — Die im Besitz des War Department befindliche Menge Zink wurde am 29./5. mit 39 000 tons angegeben, davon 9000 tons in den Hütten und 30 000 tons in Munitionsfabriken; im Monat Juli sollen sich die Vorräte der Regierung auf 26 000 tons belaufen haben, und zwar 21 000 tons Qualität A und 5000 tons andere Qualitäten; nach der letzten Bekanntgabe betrugen die Vorräte des War Department am 30./8. nur noch 10 821 tons Zinkbarren und 66 tons Zinkbleche. — Der Zinkverbrauch für das erste Halbjahr wird auf 159 501 tons geschätzt gegen 212 660 tons im zweiten und 211 870 tons im ersten Halbjahr 1918. („Wall Street Journal“ vom 30./9. 1919.) ll.

Die Verschiebung im Farbstoffhandel der Vereinigten Staaten geht aus folgenden Zahlen für die jeweils am 30./6. endenden Rechnungsjahre hervor (Werte in 1000 Doll.):

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
1913/14 . . .	357	7241	1916/17 . .	11 709
1914/15 . . .	1178	5852	1917/18 . .	16 922
1915/16 . . .	5903	3341	1918/19 . .	17 865

(„Norges Handels- og Sjöfarts-Tidende“ vom 11./10. 1919.) („W. d. A.“) ar.

Die englische Ausfuhr von Chemikalien, Drogen, Farbstoffen und Farben in den ersten neun Monaten 1918 und 1919:

	Mengen in cwts, soweit nicht anders angegeben		Wert in Pf. Sterl.	
	1918	1919	1918	1919
Chlorkalk (Bleaching Powder) . .	39 729	264 162	33 593	216 910
Kohlen derivate außer Farbstoffen:				
darunter: Carbolsäure	73 235	100 993	190 320	240 494
Naphthen (Gall.) . .	88 579	474 108	9 812	66 072
Pech	6 076 905	9 574 291	633 927	1 261 634
Teeröl, Creosot usw. (Gall.)	1 933 418	9 458 872	77 255	277 378
Kohlen derivate insgesamt	—	—	2 038 975	2 382 209
Kupfersulfat(t)	37 054	29 356	2 335 041	1 615 051
Farbstoffe	73 892	97 346	958 636	1 030 040
Glycerin	49 761	42 432	207 930	249 511
Chemische Düngemittel all. Art(t)	39 644	93 627	596 703	1 808 034
Heilmittel einschl. Drogen	—	—	2 338 863	3 214 314
Maler- u. Anstreicherfarben und Material.	364 468	955 668	1 074 477	3 416 804
Kaliverbindgn.	—	—	88 234	186 520
Natriumverbindungen:				
Soda, calcinirt . .	2 301 531	2 601 324	734 666	862 483
Natriumbicarbonat . .	325 595	391 874	155 002	192 479
Soda causticum . . .	462 234	714 500	716 555	922 873
Soda, krystallisiert . .	12 291	160 683	5 561	53 689
Natriumsulfat (Saltcake)	411 707	228 108	71 706	42 726
Natriumverbindungen insgesamt einschließlich anderer Sorten . .	4 007 058	4 577 429	2 418 985	2 746 706
alle anderen Chemikalien.	—	—	4 462 658	3 586 639
Chemikalien, Drogen, Farbstoffe u. Farben insgesamt	—	—	16 728 572	2 084 7079

Einige Wertzahlen der englischen Handelsstatistik für Oktober.

I. Chemikalien, Drogen, Farbstoffe und Farben.

	1918	1919
O k t o b e r: Einfuhr	2 695 634	1 967 034
Ausfuhr	2 002 393	2 546 853
10 M o n a t e Einfuhr	32 713 778	18 693 796
Ausfuhr	18 730 965	23 293 932

II. Material zur Papierfabrikation

II. Material zur Papierfabrikation.			
Oktober:	Einfuhr	1 077 775	1 622 198
	Ausfuhr	11 777	112 025
10 Monate:	Einfuhr	10 747 593	12 958 760
	Ausfuhr	205 464	666 078

III. Papier

III. Papier.			
Oktober:	Einfuhr	382 852	1 661 223
	Ausfuhr	297 584	319 163
10 Monate:	Einfuhr	4 450 922	9 403 488
	Ausfuhr	2 704 199	3 346 622
(„Economist“ vom 15./11. 1919.)			Ec.*

Beispiele der Wiederaufnahme der englischen Ausfuhr von Chemikalien aus der englischen Handelsstatistik. Der „Statist“ vom 15./11. 1919 bringt einige Beispiele zum Vergleich der englischen Ausfurthertätigkeit im laufenden Jahr, im letzten Kriegsjahr und im letzten Friedensjahr, die sich jeweils auf die ersten 10 Monate beziehen; es interessieren daraus die folgenden:

I. Ausfuhr von Natriumverbindungen.

I. Ausfuhr von Natriumverbindungen.			
	1919	1918	
Mengen in cwts. . .	5 093 000	+	551 000
Wert in Pf. Stsd. . .	2 020 000		295 000
			— 1 203 000
			1 125 000

II. Ausfuhr von Kunststücken

II. Ausfuhr von Kunstdünger.			
Mengen in tons .	115 000	+	65 000
Wert in Pfd. Sterl.	2 203 000	+	1 505 000

Marktberichte.

Chinesisches Wolframerz und der amerikanische Markt (vgl. Angew. Chem. 31, III, 55 [1918]). Der normale Bedarf an Wolframerz der Ver. Staaten vorm Kriege betrug jährlich ungefähr 2000 tons; während des Krieges stieg er auf etwa 7500 tons, welche Menge ungefähr der Förderung Südchinas im Jahre 1918 entsprach. Der Bedarf der Vorkriegszeit wurde größtenteils von den amerikanischen Gruben gedeckt, und nach dem Kriege ging man darauf aus, die eigene Förderung bis auf 5300 tons zu erhöhen. Der hohe Preis, der seinen Grund in der Knappheit der amerikanischen Vorräte hatte, verursachte die vermehrte Förderung in Südchina, wo das Erz viel leichter abbaufähig war als in den amerikanischen Lagerstätten. Es gelangte nach den amerikanischen Häfen trotz übermäßiger Frachtkosten zu Preisen, mit denen die amerikanischen Erze nicht in Wettbewerb treten konnten. Einen wichtigen Faktor in dieser Lage bildeten die niedrigen Löhne in den chinesischen Gruben. Die natürliche Folge dieses Zustandes war eine bemerkenswerte Ausbeutung des Wolframerzbezirkes von Südchina. Aber mit dem Waffenstillstand flautete die Nachfrage nach chinesischem Wolframerz am amerikanischen Markte zeitweilig ab. Die ungewöhnlich hohen Preise, die im Kriege vorherrschten, erlitten eine entschiedene Senkung, die ihren unmittelbaren Ausdruck fanden in dem verminderten Eifer, mit dem die kleinen chinesischen Grubenbesitzer an neue Mutungen herangingen. Es gilt aber heute als erwiesen, daß chinesisches Erz am amerikanischen Markt in normalen Zeiten mit gutem Nutzen gegen einheimisches Erz bestehen kann. Außerdem verbraucht die chinesische Industrie steigende Anteile der Förderung. Von Interesse ist an der amtlichen amerikanischen Statistik, daß bei einem Kriegsbedarf von schätzungsweise 7500 tons von den Ver. Staaten 1918 insgesamt 10 362 tons im Werte von 11 409 237 Doll. eingeführt wurden. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß viele Verbraucher von Wolfram große Vorräte anhäuften, weil man über den Zeitpunkt des Kriegsendes völlig im unklaren war. Die Folge dieser Überfüllung der Läger war ein Preissturz am amerikanischen Markte und vorübergehender Zusammenbruch der Industrie in China in den Schlußmonaten von 1918, der am schwersten die Ausfuhr- und Zwischenhändler in Mitleidenschaft zog. Um über die Wirkung dieses Überangebots hinwegzukommen, faßte man den Plan, Schmelzwerke in China zu errichten, die das erschmolzene Wolfram auf Märkte bringen, auf denen für das Enderzeugnis ständige Nachfrage besteht. Vorteile von dieser Änderung ziehen Fabrikanten in Amerika, die an billigem Schnelldrehstahl interessiert sind und deshalb lieber in China kaufen. Aber nicht nur, daß diese dadurch in die Lage versetzt sind, ihre Erzeugnisse billiger auf den Weltmarkt zu werfen, sondern es wird dadurch vor allem der Handel mit China belebt, weil es dann billige Rückfracht gibt. Andererseits ist freilich zu bedenken, daß bei Ermutigung der Einfuhr chinesischen Wolframs ein in Kriegszeiten lebenswichtiger Zweig des amerikanischen Bergbaues einen sehr ernsten, wenn nicht verhängnisvollen Rückschlag erhalten würde. („U. S. Com. Rep.“ vom 21./8. n. „J. Soc. Chem. Ind.“ vom 31./10. 1919.)

Ind. vom 31.10. 1919. B.)

Über die Lage des amerikanischen Eisen- und Stahlmarktes entnehmen wir den letzten Berichten in „Iron Age“ folgende Angaben. Die Beilegung des Streiks der Arbeiter in den Kohlenbergwerken und die Rückkehr zur Arbeit einer großen Anzahl ausständiger Arbeiter der Stahlindustrie bedeutet eine baldige Zunahme der Erzeugung von Roheisen und Fertigstahl. Diese Momente sind daher Machtfaktoren von großer Bedeutung. Das Interesse im Ausfuhrhandel konzentriert sich in der Hauptsache auf den Verkauf von 50 000 tons Stabeisen. Stahlknüppel nach Belgien erzielten fast 43,50 Doll. je ton nach Pittsburg. — Nach einem weiteren Berichte bleiben die Anstrengungen der verarbeitenden Verbraucher, Vorsorge gegen den drohenden, in den fünf ersten Monaten des nächsten Jahres zu befürchtenden Kohlenmangel zu treffen, der tonangebend Faktor für die Gestaltung der Marktlage. Auch die Erzeugerpolitik, um übermäßige Verkäufe zu vermeiden und die Preise niedriger zu halten, ist ein nicht zu unterschätzendes Moment für die Betrachtung der Verhältnisse im Eisen- und Stahlhandel. Die Kohlenversorgung wird ein immer dringenderes Problem. — Der Mangel an Kohlen veranlaßte in einer Anzahl von Bezirken die Stilllegung von Eisen- und Stahlwerken, und die Industrie wird bald ernstliche Einschränkungen vorzunehmen haben. Wenn die Kohlenförderung nicht eine erhebliche Besserung erfährt, wird die Rückkehr zu den Einschränkungen, die während der Kriegszeit bestanden, für die gesamte Industrie eingeführt werden müssen. Die Roheisenerzeugung betrug im November 2 392 000 tons gegen 1 864 000 tons im Vormonat und 3 354 000 tons in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Tageserzeugung stellte sich auf 85 000 tons gegen 60 000 tons und 112 000 tons in der Vorwoche und im Vorjahr. An Hochöfen waren 251 in Betrieb, im Vormonat 231 und in der gleichen Zeit des Vorjahrs 360.

Wth.
Die Preiserhöhung für Kalisalze beträgt 45%. Die neuen Preise
stellen sich wie folgt: Karnallit 9—12% 51 Pf. (bisher 35 Pf.),
12—15% ig 60 (41) Pf.; Kalisalz 20—22% 74 (51) Pf., 30—32%
83 (57) Pf., 40—42% 97 (67) Pf.; Chlorkalium 50% 115 (79) Pf.

60% 126 (87) Pfg.; Schwefelsaures Kali 152 (105) Pfg., Schwefelsaure Kalimagnesia 167 (115) Pfg., Karnallit für industrielle Zwecke 66 Pfg., alles für 1% K₂O je dz. („B. Tg.“) on.

Zinnoberausfuhr aus Hongkong. Die Zinnoberfabrikation in Hongkong, die durch den Krieg unterbrochen worden war, ist jetzt wieder aufgelebt. Das nötige Quecksilber kommt aus China, wohin es in Form von Zinnober wieder zurückkehrt. Die Ausfuhr geschieht in Kisten, die 900 Packungen von je 1,4 Unze enthalten. Der jetzige Preis ist etwa 3 sh. 4 d für 1 lb.; er gilt als sehr niedrig. („U. S. Com. Rep.“ vom 9./9. nach „J. Soc. Chem. Ind.“ vom 31./10. 1910.) *Sf.**

Neue Höchstpreise für Schwefelsäure. Für Schwefelsäure bis 80% Monohydrat einschließlich 1482 M für 1000 kg Schwefelinhalt im Erzeugnis (bisher 816 M), für Schwefelsäure über 80% Monohydrat ausschließlich bis 92% Monohydrat einschließlich 2820 (1408) M, für 1000 kg Schwefelinhalt im Erzeugnis abzüglich 363 (155) M für 1000 kg Erzeugnis in abgelieferter Beschaffenheit, für hochkonzentrierte Säure über 92% Monohydrat ausschließlich und Oleum bis 40% freies Anhydrid einschließlich: 1740 (990) M für 1000 kg Schwefelinhalt im Erzeugnis abzüglich 38 (29) M für 1000 kg Erzeugnis in abgelieferter Beschaffenheit; für nicht genannte Stärkegrade sowie Schwefelsäure von besonderer Beschaffenheit, wie z. B. chemisch reine Schwefelsäure oder Akkumulatorenäure tritt ein angemessener Zuschlag für 1000 kg Erzeugnis ein. Der zurzeit herrschende Mangel an Schwefelsäure gefährdet lebenswichtige Industrien, vor allem die Stickstoffgewinnung und Superphosphaterzeugung. Da die inländische Förderung von Schwefelkies nicht genügt, ist die Einfuhr ausländischer Schwefelkiese notwendig. Um sie zu ermöglichen, hat die Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie eine Erhöhung der Schwefelsäurepreise um 10 M für 100 kg Säure von 60° gefordert. Nach Lage der Sache hat das Reichswirtschaftsministerium seine Zustimmung erteilt, sich aber eine Nachprüfung der neuen Preise vorbehalten. Sollte sich herausstellen, daß sie über den angemessenen Erzeugerpreis hinausgehen, so wird der Unterschied in Form einer Umlage abzuführen sein. Die gegebenenfalls eingehenden Beträge werden nach Weisung des Reichswirtschaftsministeriums zur Einfuhr von Schwefelkies verwendet werden. („Berl. Tg.“) on.

Der japanische Markt für Menthol und Pfefferminzöl hat ziemlich matte Haltung angenommen, aber die Preise hielten sich noch auf einem auffallend hohen Stande. Die Ausfuhr ist gleichfalls ziemlich mäßig. In der letzten Saison wurden mehr als 650 000 Kin (1 Kin = etwa 0,5796 kg) Menthol und Pfefferminzöl ausgeführt, wobei England als Abnehmer an erster Stelle, die Ver. Staaten an zweiter und Rußland an dritter Stelle standen. Durchschnittlich wurden 7 Yen für 1 Kin für Mentholkristalle und 2 Yen für Pfefferminzöl gezahlt. Vor dem Kriege belief sich die Ausfuhr auf 350 000 bis 400 000 Kin; damals war Deutschland Hauptkäufer, ihm folgten England und recht viel später die Ver. Staaten. Die Durchschnittspreise vor dem Kriege waren 6,50 Yen für Menthol und 3 Yen für Pfefferminzöl. Gegenwärtig lauten die Preise auf 16,50 und 4 Yen; sie sind zu hoch, um die ausländischen Käufer anzulocken. („J. Soc. Chem. Ind.“ vom 31./10. 1919.) *Sf.**

Die Nachfrage an der **Mannheimer Chemikalienbörse** war eine äußerst lebhafte, aber das Angebot hielt mit dieser nicht gleichen Schritt. Was hemmend auf die Umsätze wirkte, waren außerdem auch die durchweg hohen Preisforderungen. Von Autoöl, amerikanische helle Ware, Marke „Robeo“, wurden Posten zu 680 M die 100 kg frei Mannheim angeboten. Amerikanisches Maschinenöl war zu 616 M die 100 kg frei Mannheim käuflich. Amerikanisches Heiß-Dampfzylinderöl stellte sich im Preise auf 670 M die 100 kg. Konsistentes Maschinenfett wurde zu 250 M gehandelt. Ceresin, naturgelb, in greifbarer Ware wurde mit 23,70 M bewertet. Ein Angebot auf Ceresin, weiß, doppelt raffiniert, lautete auf 21,50 M das kg. Steinwachs wurde zu 22,60 M angeboten. Für gelbes Blockwachs lauteten die Notierungen auf 24 M, für weißes desgleichen auf 27 M das kg. Montanwachs, Marke „Riebeck“ kostete 19 M das kg. Für Montanwachtersatz wurden 200 M für die 100 kg verlangt. Schellack, Auszugsware, ging zu 24 M das kg ab. Senfsaat, war zu 450 M die 100 kg ab Rheinstation offeriert. In Milchsäure fanden kleinere Geschäfte zu 8,50 M das kg ab Rheinstationen statt. Carbol bedang 40 M, Terpentinöl war zu 510 Fr., fob Antwerpen, angeboten. Rein weißes französisches Stearin wurde ab Rheinfalz zu 25³/₄ M angeboten. Für Petroleumpech wurden für 80—90%ige Ware 158 M gefordert. Nachfrage nach Leim bestand, doch darf dieser Artikel nicht mehr frei gehandelt werden, wie der Kriegsausschuss für Öle und Fett bekanntmachte. *hm.*

Drogen, Vegetabilien, Chemikalien. (1. 12. 1919.) Die Marktlage war in den letzten Wochen im allgemeinen recht unklar und dürfte erst recht in den kommenden Monaten an Klarheit nicht gewinnen. Der wilde Handel nutzt die Lage mehr und mehr aus, so daß Preisunterschiede von 50—100% sehr oft vorkommen. Die Käufer werden gut tun, bei der Deckung ihres Bedarfes ziemliche Zurückhaltung zu bewahren. Die Vorräte von Drogen und Vegetabilien sind groß genug, so daß der Bedarf für längere Zeit gedeckt werden kann. Schließlich ist damit zu rechnen, daß die Bestrebungen zur Aufbesserung unserer Währung im Auslande in nächster Zeit auch einigen

Erfolg haben werden, indem Luxuswaren, wie für den täglichen Gebrauch nicht dringend notwendige Gegenstände, von der Einfuhr nach Deutschland, namentlich aber von der Einfuhr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet ferngehalten werden. Die Preise für Gewürze erlitten keine wesentliche Veränderungen. Schwarzer Pfeffer kostete 28—34 M und weißer 40—45 M das kg. Der Preis für Thymian war mit 5 M und für Majoran mit 7,50—8 M das kg angegeben. Für Muskatnüsse verlangten die Verkäufer 52—56 M und für Ingwer 33—35 M das kg. Quillajarine bewegte sich zwischen 18—21 M, während Sennesschoten bis zu 25 M das kg kosteten. Kamillen lagen bei geringem Angebot im großen und ganzen höher. Diesjährige Ernte sollte 20—21 M und vorjährige bis zu 17,50 M das kg kosten, während vor einigen Wochen noch 16—17 M oder 11—12 M das kg verlangt waren. Wacholderbeeren wurden 6—6,50 M und Walnußblätter 3—3,25 M das kg kosten. Geschnittene Seifenwurzel notierte etwa 17—18 M, während für Süßholz-Feinschnitt wie früher 17—17,50 M das kg verlangt waren. Deutscher Fenchel war zu 5—5,25 M, Levantiner zu 3—3,25 M das kg angeboten. Die Preisunterschiede für Aloe waren ziemlich auffällig. Für ganze Ware forderte der Handel bis zu 28 M das kg. Kalmus, ungeschält, ganz, war zu 3,50—4 M das kg angeboten. Speisegelatine, pulv., helle Ware, sollte 20—21 M das kg kosten. Am Chemikalienmarkt wurden zum Teil auch Preise verlangt, welche der Berechtigung entbehren. Unter dem Hinweis auf die Kohlennot und die eingeschränkte Herstellung werden die Preise vielfach in die Höhe getrieben. Borax notierte 9,50—10 M und Borsäure 16—17 M das kg. Teils wurden jedoch höhere Preise verlangt. Essigsäure, 80%, für Genusszwecke, notierte 6,50—6,75 M, Glycerin bis herab zu 13 M das kg, in größeren Mengen noch etwas billiger. Hirschhornsalz war nur wenig und zu erheblich höheren Preisen als früher angeboten. Salmiak ging bei guter Nachfrage auf 8—9 M das kg, während Salmiakgeist, 0,910, wie früher 100 bis 105 M für 100 kg ab Station kosten würde. Benzoësäure würde heute 35—36 M und benzoësäure Natron 29—30 M das kg kosten. Natron bic. stellte sich auf 2,75—3 M, Cremor tartari, 98/100%, auf 25 bis 26 M das kg. Für Kupfervitriol war der Preis mit 3,50—4 M das kg in kleineren Mengen angegeben. Stearin war mit 26—27 M das kg etwas teurer. Bleiweiß und Zinkweiß kommen nur wenig auf den Markt. Reines Öbleiweiß würde 9,25—9,50 M und Zinkweiß 7—7,25 M, Lithopone je nach Beschaffenheit 2,50—3,50 M das kg kosten.

— m.

Zur Lage des englischen Drogen- und Chemikalienmarktes (1./12. 1919). Von vereinzelten Preiserhöhungen abgesehen, war die Stimmung an den englischen Märkten im großen und ganzen sehr fest, zum Teil steigend. Gewisse Drogen und Vegetabilien sind nur in beschränkten Mengen vorhanden, so daß die Preise hierfür voraussichtlich weiter anziehen werden. Für Agar-Agar ging der Preis auf 2 sh. 11 d das lb. Ipecacuanhawurzeln würden 14 sh. das lb. kosten, Japancampher würde am Londoner Markt zu etwa 17 sh. 9 d bis 18 sh. das lb. abgegeben werden. Die Preise für Borax waren mit 39—40 sh. das cwt. unverändert, wogegen Oxalsäure nur zu erhöhten Preisen von 1 sh. 3¹/₂—4 d angeboten war. Auch Weinsteinsäure stellte sich mit 3 sh. 3¹/₂—4 d das lb. etwas teurer, dagegen Citronensäure mit 3 sh. 3—4 d eher etwas billiger. Für Cremor tartari, 99/100%, wurden etwas höhere Preise mit 255—260 sh. das cwt. verlangt. Die Preise für Kautschuk, Para, stiegen auf 2 sh. 4¹/₂ bis 6 d das lb., und für Tolubalsam lagen am Londoner Markt Preise von 17 sh. 6 d bis 18 sh. das lb. vor. Perubalsam war sehr fest mit Preisen von 18—20 sh. das lb. Für Aloe wurden im allgemeinen gute Preise gefordert und zwar für Aloe, Cap, 58—60 und ostindische 150—160 sh. das cwt. Alaun in Stücken war wie früher zu 19 bis 21 Pfd. Sterl. und in gemahlenem Zustande zu 21—22 Pfd. Sterl. je t angeboten. Kupfervitriol wenig beachtet und billiger zu 40—42 Pfd. Sterl. je t. Der Preis für kohlensaures Ammoniak stand wie früher auf 6¹/₂—7 d das lb. Kali, chlors., notierte am Londoner Markt 1 sh. 1 d und blaus. etwa 1 sh. 4 d das lb. Der Preis für Kalomel war mit 6 sh. 4¹/₂ d das lb. angegeben. Für Natriumbicarbonat wurden höhere Preise, und zwar von 10—12 Pfd. Sterl. je t verlangt. Japanwachs stand am Londoner Markt nominell auf 90—95 sh. und Schellack, T. N. orange auf 470—472 sh. 6 d das cwt. Die Preise für Bromerzeugnisse lagen mehr oder weniger höher bei eingeschränktem Angebot. Borsäure würde 70—72 sh. 6 d das cwt. kosten. Citronenöl war bei guter Nachfrage erheblich teurer. Verkäufer forderten zwischen 6 sh. 9 d bis 7 sh. 3 d das lb. Dagegen war Bergamottöl meist zu unveränderten Preisen oder auch etwas billiger angeboten. Für vorrätige Ware verlangten die Käufer bis zu 19 sh. 6 d das lb. Für Pfeffer wurden teils etwas höhere Preise verlangt. Schwarzer Singapore kostete 1 sh. und weißer bis zu 1 sh. 5¹/₂ d das lb. Die Stimmung für Nelken war sehr fest, die Preise lauteten meist etwas höher, und zwar für Sansibarnelken auf 1 sh. 5¹/₂ d das lb. Für Pottasche waren Preise von 260—270 sh. das cwt. an den Hauptmärkten angegeben. Salpetersäure kostete 2¹/₂ bis 4 d das lb. Ausländisches schwefelsaures Chinin stellte sich auf 3 sh. 6 d bis 3 sh. 11¹/₂ d das lb. Der Preis für Menthol war erheblich teurer. Die Verkäufer forderten schließlich 50—55 sh. das lb., während Vanillin unverändert zu 75 sh. angeboten war. Soda, kryst., notierte wie zuletzt etwa 5/10—6 Pfd. Sterl. je t. Quecksilber war bei

reichlichem Angebot und guten Aussichten auf Zufuhren erheblich billiger und zu 17—18 Pfd. Sterl. die Flasche angeboten. Sternanisöl, rote Schiffsmarke, erfuhr geringe Erhöhung auf 5 sh. 9 d das lb. Japanisches Pfefferminzöl war nur zurückhaltend angeboten und kostete bis zu 11 sh. 8 d das lb., zum Teil auch darüber. —p.

Vom spanischen Düngemittelmarkt. Spanien braucht Düngemittel hauptsächlich für den Reisbau in der Gegend von Valencia. Der Jahresverbrauch von schwefelsaurem Ammoniak beläuft sich auf 60 000—70 000 t; 100 000 t Phosphate werden jährlich aus Florida und 200 000 t aus Algerien eingeführt, während Spanien selbst 16 000—18 000 t geringwertigen Phosphates hervorbringt. Sämtliches Phosphat wird zu Superphosphat verarbeitet. Die von der Regierung vorgeschriebenen Preise sind: Superphosphat mit 13/15% Phosphorsäure 16,85 Pes. je dz ab Werk; 15/17% 19,95 Pes.; 16/18% 21,50 Pes.; 18/20% 27,25 Pes. („U. S. Com. Rep.“ vom 9/9.; nach „J. Soc. Chem. Ind.“ vom 31/10. 1919.) Sf.*

Vom Gerbstoffmarkt. Der deutsche Gerbstoffmarkt wurde durch knappes Angebot, großen Bedarf und Festigkeit gekennzeichnet, womit hoch gehaltene Preise Hand in Hand gingen. In der Hauptsache auf deutsche Rohstoffe angewiesen, sind die Gerbstofffabriken in ihrer Leistungsfähigkeit merklich beschränkt, worunter die geordnete Versorgung der Verbraucher zu leiden hat. Aus der Knappheit an Gerbstoffen ziehen allerdings diejenigen Fabriken Nutzen, die Streckungsmittel herstellen, worin sich fortwährend ansehnlicher Bedarf zeigt. Es haben aber nur diejenigen Streckungsmittel Aussicht auf regelmäßigen Absatz, die frei von schädlichen Substanzen sind, was aber nicht bei allen Erzeugnissen der Fall ist. So kommen vielfach Celluloseauszüge in den Handel, auf die diese Voraussetzung nicht in vollem Umfang zutrifft. Wie die Verhältnisse zurzeit liegen, werden die erstklassige Streckungsmittel herstellenden Fabriken auch weiterhin Aussicht auf guten Absatz haben; die sich ständig steigernden Herstellungskosten bedingen aber eine immer weitere Heraufsetzung der Verkaufspreise. Von Seiten der Gerbstoffherstellung wurden Gerbhölzer sehr gesucht. Das Hauptinteresse erstreckte sich auf Edelkastanienholz, worin aber gerade das Angebot am unzureichendsten war. Etwa mehr wurde wohl Eichengerholz offeriert, doch auch bei weitem nicht in dem Maße, wie es der Bedarf erforderte. Der Gerbhölzhandel bemühte sich fortwährend um die Heranziehung von Eichengerholz, da aber die Forstämter für Gerholz heuer nur sehr beschränkte Mengen Eichenscheiter und Prügel aushalten, sondern den wesentlichsten Teil Brennholz zwecken zu führen, so konnten stets nur beschränkte Posten erworben werden. Daß diese bei dem scharfen Wettbewerb um Erlangung sehr hoch bewertet werden mußten, liegt klar auf der Hand. Jüngst verkaufte die Oberförsterei Schöneiche, Bezirk Breslau, gegen 400 rm Eichenscheiter zu 88,90 M und Eichenprügel zu 78 M für das rm. Ein großer Posten Eichenscheitholz, der in der Oberförsterei Menz (Bezirk Potsdam) als Brennholz ausgehalten wurde, konnte sich nur etwa 35,10 M für das rm ab Wald holen, wobei allerdings der Handel als Käufer ausgeschaltet war. Am Markte in Gerbrinden begegnete man viel größerer Nachfrage als Andienung, was besonders auf erstklassige Eichenglanzrinden zutraf, die von vielen Gerbern dringlichst verlangt wurden. Es konnte aber auch nur eine so ungenügende Versorgung die Preise der Gerbrinden auf so hohen Stand bringen, auf dem sie sich zurzeit bewegen. Von Eichengerbrinden kamen jeweils auch nur kleinere Mengen heran, die schlank vom Verbraucher aufgenommen wurden. Fichtenreppelrinden ließen sich in den herangekommenen Posten jeweils flott verkaufen. Weidenrinden waren gut begehrt, aber nur sehr knapp angeboten. hm.

Vom Rohseidenmarkt. Das schnelle Steigen der ausländischen Währungen veranlaßte in der Hauptsache die in der vergangenen Woche eingetretene Ruhe. Obgleich die Zurückhaltung von Käufen allgemein geworden ist und die Nachfrage demgemäß stark nachgelassen hat, ist in der Preisgestaltung nach oben kein Abflauen bemerkbar. Sämtliche europäischen und asiatischen Märkte melden fortgesetzt erhebliche Preisaufschläge. Yokohama drahtet sehr lebhaften Markt mit stark anziehenden Preisen. Die letzten Angaben lauten für Filature Extra Extra 270 franz. Fr. Auch der Mailänder Markt ist, nachdem er sich zwei Tage lang einer vorübergehenden Ruhe hingegeben hatte, wieder lebhafter geworden. Die Besserung der Lirewährung dürfte die Ursache sein. Da beste italienische Greden weiter sehr gesucht sind, wurden die Forderungen der Eigner anstandslos bewilligt. An den Urprungsplätzen wird heute für beste Piemont Grege gefordert: Exquis 270 franz. Fr., Extra 280 franz. Fr., für Organzin Exquis 19/21 265 franz. Fr., Trame Extra 2 fach 28/30 260/255 franz. Fr. — Vom Schappemarkt ist große Stille zu berichten; es erfolgen kaum noch Nachfragen, da man die für die Spinnereien infolge Rohstoffmangels vorliegende Unmöglichkeit zu liefern kennt. Natürlich ist diese Lage für die Fabrik, die großen Bedarf hat, sehr beklagenswert. (Rh.-W. Ztg.) Wth.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

England. Das Verdienst der Wissenschaftler um den Kriegsausgang. Die British Association for the Advancement of Science hat an den Premierminister und den Schatzkanzler eine Entschließung gesandt, in der unter Hinweis auf die Erfolge der wissenschaftlichen Methoden auf dem Gebiete der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung, denen England den glücklichen Ausgang des Krieges verdanke, die Fortführung der Forschung über alle einschlägigen Probleme einschließlich derjenigen der Heilkunde, der Nahrungsmitte und des Handels, der Explosivstoffe, der chemischen Kriegsführung sowie über physikalische Probleme nach vollkommen ausgearbeitetem Plane gefordert wird. — Ohne die Verdienste der Männer der Wissenschaft in England um seine Kriegsführung herabsetzen zu wollen, müssen wir doch bemerken, daß Deutschlands Niederlage andere Gründe hat. Wir stellen aber fest, daß sich hier die englischen Gelehrten der Leistungen für ihr Vaterland rühmen, die sie ebenso wie die Franzosen und Amerikaner, ihren deutschen Fachgenossen so sehr verübt haben, daß sie diese dafür aus ihren Vereinigungen ausgechlossen und ihnen die früher verliehenen Ehrungen aberkannten. Quod licet Jovi, non licet boches. Sf.*

Chemische Industrie.

England. Verschmelzung der Nitrogen Products and Carbide Co. mit der Alby United Carbide Factories und Geschäftsberichte beider Gesellschaften. Die schon seit längerer Zeit geplante Fusionierung der Nitrogen Products and Carbide Co. Ltd. mit der Alby United Carbide Factories Ltd., die zunächst auf Schwierigkeiten von Seiten der norwegischen Regierung gestoßen war, ist nunmehr durch Generalversammlungsbeschlüsse der beiden englischen Gesellschaften vom 11/11. 1919 in London zur Tatsache geworden. Ihren Anlaß hat die Verschmelzung darin, daß die Alby United Carbide Factories vertragmäßig verpflichtet waren, einen großen Teil ihrer Carbiderzeugung an die Cyanamid-Fabrik der Nitrogen Fertilisers Co. Ltd. in Odda in Norwegen zu liefern, die eine Tochtergesellschaft der Nitrogen Products Gesellschaft ist und daß sich aus dieser Verpflichtung Schwierigkeiten ergeben hatten. Die Alby Gesellschaft besaß bereits 500 035 Pfundaktien der Nitrogen Products Gesellschaft, sie erwirbt jetzt deren gesamte Aktiven und Passiven, indem den bisherigen Inhabern der übrigen 1 499 965 Pfundaktien dafür neue Aktien der Alby Gesellschaft gegeben werden, und die Nitrogen Products Gesellschaft selbst liquidiert. Die Alby Gesellschaft, deren Kapital bisher aus 82 916 Pfd. Sterl. Vorzugsaktien und 643 084 Stammaktien zu 1 Pfd. Sterl. bestand, gibt zu diesem Zweck 1 607 916 neue Stammaktien zu 1 Pfd. Sterl. aus, von denen 1 499 965 die oben angegebene Verwendung finden, 80 261, die kapitalisierten Reserven darstellen, an die bisherigen eigenen Aktionäre im Verhältnis von 1 zu 8 verteilt werden und 27 960 vorläufig nicht ausgegeben werden. Die Nitrogen Products and Carbide Gesellschaft hat in den 18 Monaten bis Ende Dezember 1918, auf den sich ihr gleichzeitig genehmigter letzter Geschäftsabschluß bezieht, 118 814 Pfd. Sterl. 6 d verdient, wozu ein Vortrag von 24 049 Pfd. Sterl. 2 sh. 9 d kam; es sind daraus 90% Dividende bezahlt, 10 000 Pfd. Sterl. der Reserve, die damit auf 110 000 Pfd. Sterl. stieg, zugewiesen und 14 396 Pfd. Sterl. 7 sh. 10 d vorgetragen worden. Der Geschäftsbericht beifert die anerkannten Ersatzforderungen für Schäden der Gesellschaft, die die deutsche Regierung in Vilvorde und anderen Anlagen der Tochter-Gesellschaft Nitrogen Fertilisers Ltd. angerichtet hat, auf 270 000 Pfd. Sterl. Die Lizenz, die der französischen Regierung für die Benutzung des katalytischen Verfahrens der Gesellschaft zur Herstellung von Salpetersäure eingeräumt ist, hat bisher an Abgaben 55 000 Pfd. Sterl. eingebracht; die nächsten sieben Jahre sind, trotzdem die Erzeugung jetzt nachgelassen hat, noch Mindestabgaben zu zahlen. Eine im September 1915 unter technischer Beteiligung der Gesellschaft begonnene Fabrik in Angoulême konnte schon im September 1916 teilweise in Betrieb genommen werden; noch vorher hatte die französische Regierung beschlossen, etwa 15 Mill. Pfd. Sterl. für die Errichtung von Cyanamid-, Salpetersäure- und Nitratwerken in anderen Teilen Frankreichs aufzuwenden, die hinsichtlich Salpetersäure der Gesellschaft abgabepflichtig sind. — Erhebliche Verluste hat die Gesellschaft durch den Betrieb ihrer Ammoniumnitrat-Fabrik in Dagenham erlitten, die für die Herstellung von Ammoniak aus dem in Norwegen fabrizierten Cyanamid eingerichtet war, das wegen des U-Bootkrieges nicht mehr eingeschafft werden konnte; die Ersatzung des Cyanamids durch Ammoniakwasser aus Gasanstalten verursachte endlose Schwierigkeiten, da die Regierung dessen Herstellung in der Hauptsache beherrschte; dazu kam, daß es sich türker stellte als das Ammoniak im Cyanamid, auf dem der Vertrag über Lieferung von Ammoniumnitrat an die Regierung basierte. Die Tochtergesellschaft Nitrogen Fertilisers Ltd. hat ihren Anteil an der Alby Carbidsfabrik in Schweden mit einem Gewinn von 345 000 Pfd. Sterl. abgestoßen, der die Rückzahlung beider Serien der von der Cyanamidfabrik ausgegebenen, hypothekarisch gesicherten Schuldverschreibungen ermöglicht hat. —

Die Gesellschaften verfügen über insgesamt 700 000 PS an Wasserkräften (65 000 in Odda, 250 000 in Aura in Norwegen und mindestens 400 000 PS — noch unausgenutzt — in Dettifoss in Island). In Norwegen sollen solche Verfahren weiter entwickelt werden, die wenig oder gar keine Kohle beanspruchen. Man hofft, daß die Forschungen, die im Gange sind, erhebliche Verbilligungen der Fabrikation von Cyanamid und Calciumcarbid zur Folge haben werden. Man will die Wasserkraft auch für die Verarbeitung von phosphorhaltigen Mineralien benutzen, um ein Düngemittel herzustellen, das den nötigen Stickstoff- und Phosphorsäuregehalt in für die Pflanzen leicht assimilierbarer Form gleichzeitig enthält. Die Forschungen der Gesellschaft haben ergeben, daß es möglich ist, mit billiger Kraft Natronalpeter herzustellen, ohne irgendwelches eingeführte Rohmaterial zu benutzen. Da für die Zubereitung des Salpeters in den chilenischen Gruben und seinem Transport große Kohlemengen nötig sind, muß dieses Verfahren, wenn es erst voll entwickelt ist, eine große Zukunft haben. — Bei intensiver Gestaltung der Landwirtschaft in England und den Kolonien, auf die alles hindeutet, hofft man auf stärkeren Absatz der Düngemittel des Unternehmens, von denen „Nitrolime“ den besonderen Vorteil hat, außer Stickstoff einen so großen Prozentsatz freien Kalkes zu enthalten, der wegen des übermäßigen Gebrauches säurehaltiger Düngemittel in den letzten Jahren besonders nötig ist. — In England hat die Gesellschaft, um billige Kraft zu erzeugen, die Kohlenzechen St. Helen's in Cumberland mit einer Batterie von 40 Koksofen und ganz in der Nähe einen großen Kalksteinbruch in Eskett erworben. — Die Gesellschaft beschäftigt sich ferner mit Forschungen über die elektrische Verhüttung von — namentlich norwegischen — Eisenenzen, sowie über die elektrische Herstellung von Cyaniden, besonders Natriumcyanid und über die billigste Art der Gewinnung elektrischer Kraft und Kohle. — Der Abschluß der Alby United Carbide Factories für die 18 Monate von Juli 1917 bis Dezember 1918 ergibt nach Abschreibungen von 34 246 Pf. Sterl. einen Gewinn von 25 595 Pf. Sterl. 12 d., wozu ein Vortrag von 14 132 Pf. Sterl. kommt. Nach Zahlung der Vorzugsdividende von 5½% und der Stammaktiendividende von 6% bleiben vorzutragen 6837 Pf. Sterl. 10 sh. 8 d. — Das Werk der Gesellschaft in Odda in Norwegen steht weiter unter seinem Wert zu Buche. Die Aktien der North Western Cyanamide Co. Ltd. haben wieder 15% Dividende ergeben. In den Werken der Aktiengesellschaft Maraker wird die Fabrikation von Ferroverbindungen fortgesetzt. — Mit der Lieferung ihrer ganzen Erzeugung von Carbid an die englische Regierung und mittelbar an die französische Regierung ist die Gesellschaft schlecht gefahren, weil sie dabei zugesetzt hat, während die Regierung am Weiterverkauf des Carbids zum Teil sehr stark verdient hat. — Ausgezeichnete Fortschritte hat die Fabrikation von Elektroden in der neuen Fabrik in Helsburn on Tyne gemacht. — Die Gesellschaft besitzt eine Reihe von wertvollen Patenten, darunter ein solches für komprimiertes Acetylen, dessen Anwendung im Kriege eine große Bedeutung gewonnen hat. Namentlich in den Dominien sind besondere Gesellschaften zu seiner Ausnutzung gegründet worden. („Fin. Times“ 3. 4. 12/11. 1919.) *Ec.**

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

Zum Betriebsrätegesetz hat die „Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie“, die bekanntlich, ebenso wie der Reichsausschuß akademischer Berufstände, die besondere Vertretung der leitenden Angestellten im Betriebsrat fordert, eine Eingabe an die Nationalversammlung gerichtet, in der für § 6 Abs. 1 des Gesetzentwurfs zwecks Definition des Begriffes „leitende Angestellte“ folgende Fassung vorgeschlagen wird: „Befinden sich unter den Arbeitnehmern Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte, so muß im Betriebsrat jede dieser drei Gruppen ihrem zur Zeit der Anberaumung der Wahl bestehenden Zahlenverhältnis innerhalb der Arbeitnehmerschaft des Betriebes entsprechend, mindestens aber durch ein Mitglied und bei mindestens 50 Gruppenangehörigen durch zwei Mitglieder vertreten sein. Die Feststellung des Zahlenverhältnisses erfolgt durch den Wahlvorstand (§ 14). Leitende Angestellte sind diejenigen Arbeitnehmer, die eine leitende oder führende Tätigkeit ausüben oder zur selbständigen Lösung von Aufgaben höherer Art herangezogen werden. Der Arbeitgeber hat innerhalb von 14 Tagen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes und sodann jeweilig binnen einer Woche nach der Wahl des Wahlvorstandes (§ 14) eine Liste der „leitenden Angestellten“ aufzustellen und durch Aushang bekannt zu geben. Gegen die Aufstellung können binnen einer weiteren Woche von den Arbeitnehmern Einwendungen erhoben werden, über die, falls keine Einigung erfolgt, im Schiedsverfahren entschieden wird.“ *Sf.*

Gewerbliche Fragen.

Neue Roh- und Ersatzstoffe. Verfahren und Apparate.

Ein neues Alkaloid ist von Chemikern des U. S. Department of Agriculture und des Bureau of Plant Industry aus Covillea tridentata extrahiert worden, einer Staude (Strauch? — shrub), die in den halbdürren Bezirken von Mexiko sehr gemein ist. *Sf.*

Einen vorzüglichen Papierrohrstoff liefert nach Ansicht eines schottischen Einführhauses für Faserstoffe die Faser aus dem südafrikanischen Baobabbaum (Affenbrotbaum, Adansonia digitata). (Der Bast hat schon immer als „Adansonfiber“ technische Verwendung gefunden. — D. Schriftl.) *Sf.*

Gewerblicher Rechtsschutz.

Über die Patentverlängerung in Deutschland, Frankreich und Belgien erfahren wir von Herrn Dr. Herm. Neuendorf folgendes:

In Deutschland besteht bis jetzt noch kein Gesetz über die Patentverlängerung, wie wir irrtümlich auf S. 752 ausführten. (Berichtigung siehe S. 784.) In der Sitzung vom 25.11. 1919 der deutschen Nationalversammlung wurde vom Abgeordneten Grünewald ein Antrag über ein Gesetz betr. Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern eingebracht. Nach diesem Entwurf soll auf die Dauer eines Patentes, das nach dem 31.7. 1914 in Kraft gewesen ist, die Zeit vom 1.8. 1914 bis zum 31.7. 1919 nicht angerechnet werden. Der früher begonnene Lauf soll sich unmittelbar am 1.8. 1919 fortsetzen. Eine endgültige Stellungnahme der Regierung zu diesem Entwurf liegt noch nicht vor. Der Gesetzesentwurf wurde in der Sitzung der deutschen Nationalversammlung vom 25.11. d. J. dem Ausschuß für Volkswirtschaft zur weiteren Beratung übergeben.

In Belgien besteht bereits ein Gesetz, welches auf die Verlängerung von Patenten Bezug nimmt. Die einzelnen Artikel dieses Gesetzes wurden im „Moniteur Belge“ vom 6.11. 1919 veröffentlicht. Die auf die Verlängerung bezugnehmenden Artikel sind folgende:

Artikel 8. Prioritätsfristen, welche gemäß der Pariser Union, revidiert in Washington 1911, am 1.8. 1914 noch nicht erloschen waren, oder welche nach diesem Datum erst entstanden, werden bis 6 Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles, welcher am 28.6. 1919 unterzeichnet wurde, verlängert.

Artikel 14. Die Ausführung des Artikels 22 des Gesetzes vom 24.5. 1854, geändert durch Gesetz vom 27.3. 1857, welches am 4.8. 1914 durch königlichen Befehl vom 5.8. 1914 aufgehoben wurde, wird unter folgenden Bedingungen wieder eingesetzt: 1. Die durch königlichen Erlass vom 5.8. 1914 befohlene Aufhebung von Fristen, wird auf den 1.8. zurückverlegt. 2. Die Bezahlung der ersten noch ausstehenden Jahrestaxe wird an dem jährlichen Fristtag fällig, welcher auf einen noch durch königlichen Erlass zu bestimmenden Zeitpunkt folgt. Diese Bezahlung wird keinen weiteren Aufschub erleiden. Die folgenden Taxen sind jedes Jahr an dem Jahrestag der belgischen Anmeldung fällig.

Artikel 13. Bei der Anrechnung der Dauer der Patente, welche vor dem 1.8. 1914 noch nicht erloschen waren, wird die Zeit zwischen diesem Datum und dem ersten Jahresfalligkeitstage, welcher auf ein noch von der Regierung in Ausübung des Artikels 11 Nr. 2 zu bestimmendes Datum folgt, nicht angerechnet.

Frankreich. Das französische Gesetz betreffs der Verlängerung von Patenten (s. S. 706) wurde am 10.10. 1919 veröffentlicht und enthält folgende bemerkenswerte Artikel:

Artikel 11. Die Dauer der Patente, welche am 1.8. 1914 noch nicht erloschen waren und diejenige der Patente, welche nach diesem Datum angemeldet oder erteilt wurden, kann verlängert werden, wenn durch den Kriegszustand die Besitzer der Patente sie nicht haben ausnutzen können. Die Verlängerungsdauer wird in ganzen Jahren gewährt. Sie kann sich auf 5 Jahre erstrecken. Die Verlängerung wird dadurch berechnet, daß man von der Zeit, während welcher man das Patent nicht ausnutzen konnte, Rechnung legt. Eine ergänzende Verlängerung von ein oder drei Jahren kann jenen Inhabern oder Ausnützern gewährt werden, welche während mehr als 2 Jahren mobilisiert waren, oder denjenigen, denen die Ausbeutung zerstört oder von anderer Hand ausgeübt wurde, wenn dieser Aufschub für den Wiederaufbau der Industrie notwendig erscheint.

Artikel 5. Diejenigen, welche vor der Veröffentlichung des gegenwärtigen Gesetzes eine ernsthafte und tatsächliche Ausbeutung einer Erfindung vorgenommen haben, welche den Gegenstand eines Patentes bildet, dessen normale Dauer seit dem 1.8. 1914 erloschen ist, werden nicht als Nachahmer verfolgt werden noch dazu angehalten, mit dieser Ausbeutung aufzuhören.

Artikel 19. Das gegenwärtige Gesetz wird für Algerien, für die Kolonien und in den Ländern des Protektorats von Indochina anwendbar sein.

Personal- und Hochschulnachrichten.

William Albert Noyes, Professor der Chemie an der Universität Illinois, wurde die Willard Gibbs-Medaille der Chemischen Industrie-Ausstellung in Chicago verliehen.

Geheimrat R. Willstätter, München, wird einem Ruf nach Berlin auf den Lehrstuhl Emil Fischers Folge leisten.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: M. Abraham, bei der Fa. Max Halle & Co., G. m. b. H., Berlin; Ing. O. Behm, Charlottenburg, u. Ing. E. Knab, Berlin, bei der Bekra Parfümerie-Fabrikation, G. m. b. H., Charlottenburg; K. Braun, Nürnberg, bei der Chemischen Industrie-G. m. b. H. in Nürnberg; P. Dahlhaus, Dortmund, A. Gräve, Bochum, und E. Weber, Dortmund, bei der Fa. Chemische Werke, G. m. b. H., Dortmund; L. M. A. A. Keydel, Altona, bei der Chemischen Fabrik „Gebolit“ G. m. b. H., Hamburg; J. Klein, Berlin, bei der Chemisch-Pharmazeutischen Nährmittel G. m. b. H., Berlin; R. Wild, Neukölln, bei der Vowi G. m. b. H., Fabrik pharm. u. kosm. Präparate, Berlin.

Prokura wurde erteilt: Ing. G. Schreiber, H. Andrae, Griesheim a. Main, W. Wöhrl, Frankfurt a. M., bei der Chemischen Fabrik Griesheim Elektron; Fr. Funk, Biedenkopf, bei der Nordwestdeutschen Farben- und Lackindustrie in Biedenkopf; A. Schneeweß, Fraureuth, bei der Fa. Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G. in Fraureuth.

Gestorben sind: Dr. M. Albersheim, Gründer und Mitinhaber der Fa. Dr. M. Albersheim, Fabrik feiner Parfümerien u. kosmetischer Präparate, in Frankfurt a. M., im 66. Lebensjahr. — J. Bitterich, Mitinhaber und Gründer der Fa. Jakob Bitterich, Lack- und Farbenfabrik, Mannheim. — Direktor a. D. Th. Halppaus, früherer Leiter der Zuckerfabrik Rittmarshausen, am 6./11., 56 Jahre alt, in Breslau. — R. C. Veit, Direktor der Standard Oil Co. in New York und Leiter der Standard Transportation Co., in Yokohama.

Bücherbesprechungen.

Der Gang der qualitativen Analyse für Chemiker und Pharmazeuten, bearbeitet von Dr. Ferdinand Henrich, Professor an der Universität Erlangen. Berlin, Verlag von Julius Springer 1919. Preis M 2,80 und 10% Teuerungszuschlag.

Der Verfasser hebt in seinem Vorwort hervor, daß sein Analysengang im Anschluß an Bücher, wie Volhards „Anleitung zur qualitativen chemischen Analyse“, Riesenfelds „Anorganisch-chemisches Praktikum“ u. a. benutzt werden soll.

Es ist zweifellos, daß gerade bei Volhards Anleitung ein großes Bedürfnis für eine Ergänzung in bezug auf einen systematischen Gang der Analyse vorliegt, und der Verfasser hilft damit einem tatsächlichen Bedürfnis ab. Er gibt in übersichtlicher Form ziemlich eingehend sowohl die Vorproben wie auch den Analysengang selbst, so daß mit Hilfe seines Buches ein jeder Anfänger schließlich zum Ziele kommen muß.

Auch sein Anhang über die Theorie der elektrolytischen Dissoziation entspricht gerade in bezug auf den Volhard einem Bedürfnis, und ich möchte daher diesen Gang der qualitativen Analyse besonders jenen Laboratorien empfehlen, die auch heute noch Volhards Anleitung verwenden.

H. [BB. 189.]

Chemie in Küche und Haus. Von Dr. Joseph Klein. Aus Natur und Geisteswelt, Nr. 70. Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1919. Preis geb. 1,90 M.

Die vorliegende 4. Aufl. dieses für Haushalt und Unterricht gleich wichtigen Büchleins erscheint in einer neuen Stoffeinteilung. Der Inhalt ist nach den einzelnen hauswirtschaftlichen Betrieben in die Hauptabschnitte: Ernährung, Küche, Wohnung und Kleidung gegliedert. Der Vf. zeigt an Hand einleuchtender Beispiele, wie die Chemie die Grundlage des gesamten Haushaltungsbetriebes bildet, wie man mit ihrer Kenntnis die einfachen wie die kompliziertesten Prozesse verstehen und wichtige Erfahrungen für tägliche Leben sammeln kann. — Er behandelt im 1. Kapitel die notwendigsten Begriffe aus der allgemeinen Chemie und ermöglicht es so dem Nichtchemiker, die folgenden mit Verständnis und Nutzen zu lesen. Schon aus den zahlreichen Unterabteilungen erkennt man, wie sorgfältig das Material zusammengestellt ist, und wie der Vf. bemüht ist, auch scheinbar alltägliche Dinge, wie Speisenbereitung und -konservierung, Heizung und Beleuchtung, Waschen und Bleichen u. a. m., zu beleuchten und zu erklären. Natürlich mußte dies in volkstümlicher, leichtfaßlicher Weise geschehen, und deshalb ist streng wissenschaftliche Begründung von vorhernein ausgeschlossen. — Sicherlich wird die Lektüre dieses Buches jedem Laien wertvolle Kenntnisse und Ratschläge geben und kann deshalb aufs wärmste empfohlen werden.

Lp. [B. B. 128.]

Dr. R. Prasch, Obstkerne. Die Verarbeitung der Obstkerne und ihre Bedeutung für unser Wirtschaftsleben nach den Erfahrungen des Reichsausschusses während des Weltkrieges. Berlin 1919. Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette. Berlin NW. 7, Unter den Linden 68 a.

Vorliegendes Büchlein legt Zeugnis ab vom wirtschaftlichen Durchhalten unserer Heimat während schwerer Zeit. Es zeigt uns, wie man Öl aus den Kernen des heimischen Obstes unter großen Schwierigkeiten gewinnen mußte und schließlich mit Erfolg gewann. Vom Steinobst lieferten in der Haupsache Kirschen und Pfauen Öl, wenn auch die übrigen Früchte nicht vernachlässigt wurden. Vom Kernobst wurden Trauben-Kürbis, Citronen- und Apfelsinenkerne, sowie auch Melonen-, Äpfel-, Birnen-, Johannisbeer-, Himbeckerne und andere, wenn auch nicht immer zur Ölbereitung, so doch teils zu Futterzwecken verwendet. — Das Öl aus dem Fruchtfleisch der roten Holunderbeere (*Sambucus racemosa*) erwies sich als genießbar, dasjenige des Kernes als unbekönnlich und nur für technische Zwecke brauchbar. — Verschiedene Beilagen bieten dem Historiker Interesse, wie auch sonst die Schrift im einzelnen für den Fachmann von hohem Wert ist.

Dr. von Heygendorff. [BB. 165.]

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Chemisch-Technischen Industrie e. V., in Frankfurt a. M., 4. Oktober 1919.

Der Vorsitzende, Herr Barske, begrüßt in seiner Eröffnungsansprache besonders Herrn Kommerzienrat Dr. Frank, den geschäftsführenden Vorsitzenden des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands und Präsidenten der Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie. Er wies auf die Wichtigkeit des Zusammenarbeits des Zentralverbandes mit dem Verein zur Wahrung hin, insbesondere auch bezüglich der Auseinandersetzungen mit den Kriegsgesellschaften, deren Tätigkeit schwere Schädigungen der Industrie insbesondere der mittleren und kleinen Betriebe mit sich brächte. Die Arbeitsgemeinschaft Chemie böte die Möglichkeit, durchzusetzen, daß die wirkliche Sachverständigen die Bearbeitung der Industrie betreffenden Angelegenheiten in die Hand nehmen könnten. Eine Schädigung der Stoßkraft des Zentralverbandes erblickte er in der Begründung eines neuen „Verbandes der verarbeitenden chemischen Industrie und verwandten Gewerbe Süddeutschlands“.

Herr Prof. Dr. Binz hielt sodann einen Vortrag: „Wie wahren und mehren wir das geistige Eigentum der chemischen Industrie.“ Der Redner wies darauf hin, daß Deutschland eine Industrie gehabt hätte, die in erster Linie die fremdländischen Rohstoffe veredelt. Unsere eigenen Rohstoffe sind der Zahl nach gering, und auch von diesen sind Eisenerz und Kohle durch den Friedensvertrag stark beschnitten worden, und das Kalimonopol ist durchbrochen. Der Krieg hat uns aber gelehrt, auf wichtigen Gebieten mit einheimischen Rohstoffen auszukommen und aus ihnen neue Erzeugnisse zu gewinnen, die wir früher aus dem Ausland beziehen mußten. Noch mehr als früher müßten wir durch unsere Kopfarbeit Werte schaffen und unser geistiges Eigentum wahren und mehren.

Die Wahrung des Eigentums durch Patente habe den großen Vorteil, daß die Industrie durch die Veröffentlichung der Verfahren in den Patentschriften zu neuer Arbeit angeregt wird. Die in unserem Patentgesetz vorgeschriebene Veröffentlichung der Anmeldungen nach spätestens 6 Monaten gebe jedoch den Konkurrenten zu frühzeitig Gelegenheit, neue Verfahren und ihre Erzeugnisse kennen zu lernen. Der Vortragende befürwortet daher eine Gesetzesänderung, durch die den Anmeldern die Möglichkeit gegeben würde, die Veröffentlichung bis zur Frist von einem Jahre aussetzen zu lassen. Auf diese Weise würden die Erfinder in die Lage gesetzt werden, das betreffende Verfahren technisch durchzubilden, ehe die Konkurrenz, besonders des Auslandes, sich der gleichen Probleme bemächtigen könnte. Die Ausfuhr der deutschen chemischen Literatur ließe sich nicht verhindern, wenn es auch ein offensbarer Mißstand sei, daß bei dem jetzigen Stand der Voluta das Ausland die wichtigen darin niedergelegten Erfahrungen zu einem ungleich billigeren Preis bekäme als früher. Die Ausbildung ausländischer Chemiker an deutschen Hochschulen sollte vorläufig ganz verboten werden und höchstens Ausländern deutscher Zunge das Studium der Chemie gestattet werden. Die drohende Auswanderung deutscher Chemiker bilde gleichfalls eine schlimme Gefahr für unsere deutsche Industrie. Bei der großen Überproduktion an Chemikern, die wir augenblicklich hätten, müßte ihr entgegen gearbeitet werden, nötigenfalls durch gesetzliche Festlegung der Höchstzahl von Studierenden der Chemie in Deutschland. Dringend nötig sei die Bereitstellung reicher Mittel zur Förderung der Forschungsinstitute durch Gönner aus den Kreisen der chemischen Technik; es sei durch-

aus falsch, wenn unter der neuen Regierung von Titeln und Auszeichnungen für die Stifter abgesehen würde, denn für viele Geldgeber bestände darin ein großer Anreiz für die Errichtung von Stiftungen.

Der Geschäftsführer des Verbandes Dr. Danielson sprach über die *Neuorganisation*. Wir könnten die Zwangswirtschaft in der deutschen chemischen Industrie vorläufig noch nicht vollständig entbehren, weil sonst sehr große Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Rohstoffe und Fabrikate zutage treten würde. Notwendig sei aber die Selbstverwaltung durch die Industrie und ihre Vertreter, da nur dadurch eine zweckmäßige und gerechte Belieferung der einzelnen Betriebe erreicht werden könnte. Die Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie mit ihren Fachgruppen und die Ausschüsse der Außenhandelsstelle, die durchweg paritätisch durch Vertreter der Erzeuger, des Handels, der Verbraucher und der Arbeitnehmer besetzt sind, werden dafür Sorge tragen. Der Vortragende wies sodann auf die Gefahren hin, die die Gründung eines besonderen süddeutschen Verbandes der verarbeitenden chemischen Industrie für die gerechte Verteilung der Roherzeugnisse und Waren mit sich bringen würde. Eine Zentralisation sei unbedingt notwendig, wenn es auch selbstverständlich keinwegs erforderlich sei, daß die Fachgruppen des Zentralverbandes ihren Sitz in Berlin hätten. Diese Fachgruppen müßten sich u. a. auch mit der Normisierung der chemischen Apparatur, mit dem Umsatzsteuergesetz, mit der Frage der Patentverlängerung und der technischen Mustermesse in Leipzig beschäftigen.

In der Aussprache gab Kommerzienrat Dr. Frank einen Überblick über den Aufbau der Arbeitsgemeinschaft Chemie und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Um Einfluß zu gewinnen, müßte sich die chemische Industrie ein einheitliches Organ schaffen, andererseits könnte man in einer so vielgestalteten Industrie nur etwas Ordentliches durch die Mitarbeit besonderer Sachverständiger aus den einzelnen Zweigen leisten; deshalb müsse die Zentralisation von einer sachgemäßen Dezentralisation begleitet sein. In wirtschaftlichen Fragen dürfe der Umstand, in welcher Gegend von Deutschland eine Fabrik gelegen sei, keine Rolle spielen, wohl aber müsse bei sozialen Fragen den besonderen Verhältnissen der einzelnen Gegenenden Rechnung getragen werden. Für diese Materien sei die Reichsarbeitsgemeinschaft nicht fachlich, sondern regional unterteilt. Die Erteilung von Aufsichtschein sei in neuerer Zeit bereits sehr wesentlich beschleunigt worden.

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände haben sich mit den Gewerkschaften zusammen zu der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industrie zusammengeschlossen. Diese sollte zu einem Wirtschaftsparlament ausgebildet werden. Schon jetzt bestände beim Reichswirtschaftsministerium ein Wirtschaftsrat aus je 2 Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels, einer aus einer gleichen Zahl von Arbeitnehmervertretern. Als Vertreter der Industrie seien die Herren Kommerzienrat Dr. Frank und Direktor Krammer bestimmt. Der Wirtschaftsrat muß bei allen wirtschaftlichen Fragen vor der Entscheidung gehörig werden. Die Vertreter haben das Recht, Sachverständige aus den betreffenden Industrien zu den Beurteilungen hinzuzuziehen. In Zukunft sollen in wirtschaftlichen Fragen weder Bureaucraten noch Politiker maßgebend sein, sondern

nur diejenigen, die im praktischen Leben stehen. Darum sei die Schaffung von Selbstverwaltungskörpern in der Industrie notwendig. Dieses Ziel könnten wir nur in enger paritätischer Zusammenarbeit mit den Arbeitern erreichen. Im höchsten Grade bedauerlich sei es allerdings, wenn einzelne Interessenten sich zu neuen Organisationen zusammenschließen, die geeignet wären, den einheitlichen Aufbau zu stören. Der Zentralverband der technischen Industrie könne bei seinem Wirken der vollen Unterstützung des Vereins zur Wahrung sicher sein.

Im weiteren Verlauf der Aussprache schlägt Herr Prof. Binz vor, daß der Zentralverband gegen die weitere Zulassung von Ausländern zum Studium an deutschen Hochschulen Stellung nimmt. Die Versammlung schließt sich diesen Ausführungen an. Ferner wird die Notwendigkeit der besseren Ausbildung der Chemotechniker an den privaten Chemieschulen hervorgehoben.

Der Vorsitzende stellt als Ergebnis einer längeren Debatte fest, daß die Versammlung jede Art von Sonderverbandsgründung verurteilt, die geeignet ist, in den einheitlichen Organisationsaufbau der chemischen Industrie eine Zersplitterung hineinzutragen.

Bei den vorgeschlagenen Satzungsänderungen wird die Gründung von Fachgruppen insbesondere für zahlreiche Einzelgebiete der technischen Chemie beschlossen.

In den Arbeitsausschuß des Zentralverbandes werden die Herren Brodnitz, Cohn, Dahl, Döring, Hegel, Landauer, Landé, Leroi, Dr. Marckwald, Mattar, Redlich, Richter, Dr. Schmiedel, Stobwasser, Viett, Weikersheimer gewählt. Ferner werden die Vorsitzenden der Fachgruppen bestimmt.

Zu dem Betriebsrätegesetz wird beschlossen, daß sich der Zentralverband die Resolution des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu eigen macht, die folgendermaßen lautet:

„Die deutsche Industrie, die auf dem Boden der Betriebsgemeinschaft steht, hat bei der Beratung des Vorentwurfes eines Gesetzes über Betriebsräte von Anfang an trotz grundsätzlicher schwerster Bedenken sachlich mitgearbeitet in der Hoffnung, daß es gelingen wird, durch das Zusammenwirken der berufenen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die in dem Gesetz behandelten Fragen zu einer alle Beteiligten befriedigenden Lösung zu bringen.

Äber ihre Verbesserungsvorschläge sind im wesentlichen unberücksichtigt geblieben. Vielmehr sind weitere Verschärfungen eingefügt worden. Deshalb erhebt die Industrie einmütigen und entschiedenen Einspruch gegen den vorliegenden Entwurf. Von der Nationalversammlung erwartet die deutsche Industrie im Hinblick auf die gefährdete Lage der deutschen Wirtschaft, die weitere Experimente nicht mehr verträgt, volle Berücksichtigung der Forderungen, die ihr von der durch die heutige Versammlung eingesetzten Kommission vorgelegt werden. Vor allem sind der künftige Einfluß der Betriebsräte auf die Betriebsleitung, ihr Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen und bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, ihre jederzeitige Absetzbarkeit durch die Betriebsversammlung, der Zwang zur Vorlegung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung, die Abordnung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat neben anderen ähnlichen Bestimmungen so gefährlich für die Leitung, Ordnung und Leistungsfähigkeit der Betriebe, und damit so vernichtend für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, daß der Entwurf in dieser Form keinesfalls Gesetz werden darf.“

Verein deutscher Chemiker.

Bezirksverein Schleswig-Holstein.

Gemeinsame Zusammenkunft vom 12./11. 1919.

Etwa 50 Herren und 3 Damen hatten der Einladung unseres Bezirksvereins Folge geleistet, um das in neuester Zeit auch in Kiel aufgenommene Sprengen von Baumstüben mit flüssiger Luft kennen zu lernen. Die Vorführungen fanden nachmittags um 3 Uhr im Hasseldieksdamer Gehölze bei Kiel statt. Den einleitenden Vortrag hielt Herr Direktor Edelhoff von der Spreng- und Tauchgesellschaft (Firma Neufeldt und Kuhnke, Kiel). Zur Anwendung kam das Verfahren der Sprengluft-Gesellschaft, Berlin, das im Kriege zu einem hohen Grade der Vollkommenheit entwickelt wurde. Mit einfachen, wohlfeilen und an sich harmlosen Mitteln gelingt es, beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Bemerkenswert und vom Standpunkte der Sicherheit und Gewerbehygiene besonders schätzbar ist, daß sowohl der Kohlenstoffträger der Patrone (Korkschleifmehl) als auch der Zünder selbst erst im Moment des Eintauchens in flüssige Luft zu eigentlichen Sprengstoffen werden. Vor der Tränkung sind es vollständig harmlose Körper. Während der Lagerung und des Transportes unterliegen sie deshalb auch nicht den sehr scharfen Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes; behördlich

abzunehmende Sprengstofflager sind gleichfalls nicht erforderlich, alles ganz erhebliche Vorteile gegenüber den seither üblichen plastischen, dazu noch teureren Sprengstoffen. Dabei ist die Wärmeenergie der Flüssigluftsprengpatronen etwa 25% größer als die der vorgenannten Sprengmittel. Der einzige Nachteil ist wohl darin zu erblicken, daß der Verwendungsbezirk eng begrenzt ist und an eine flüssige Luftanlage als Zentrum gebunden ist. Wenn auch die Verdunstungsverluste in den Transportgefäß für flüssige Luft an sich äußerst gering sind — eine 15 l Flasche mit 17,2 kg Inhalt verliert stündlich im Durchschnitte 75 g — so wachsen anderseits unter Umständen die Transportkosten erheblich mit der Entfernung von Erzeugungsorte der flüssigen Luft. — Bedenkt man, daß auf 1 ha Buchenkahlschlag rund 4—500 Stubben stehen, und daß in unseren schleswig-holsteinischen Wäldern jeder etwa 7 Zentner Holz liefert, daß aus 1 ha also 2800—3500 Zentner herausgeholt werden können, so leuchtet ohne weiteres die Wirtschaftlichkeit einer Methode, wie sie sich in den wohlfeilen Sprengluftpatronen darbietet, ein. — Der Vortrag und die Sprengungen selbst fanden reichen Beifall. Eine gemütliche Nachsitzung in der Waldburg bildete den Schluß der von herrlichstem Winterwetter begleiteten Tagung.

Der Schriftführer: Dr. Chr. Zahn.